

Betreff:

Verbesserung der Situation für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.06.2015

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Integrationsfragen (Vorberatung)	24.06.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.07.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.07.2015	Ö

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverwaltung erstellt ein Konzept mit Maßnahmen, die sie für geeignet hält die Situation der Flüchtlinge sowie der dauerhaften Anwohner Kralenriedes zu verbessern, die Lebensqualität des Stadtviertels zu steigern und das Zusammenleben in eine positive Richtung zu entwickeln.“

Sachverhalt:

Im Rahmen von Bezirksratssitzungen sowie Veranstaltungen mit Vereinen, Organisationen und BürgerInnen wurde deutlich, dass der Stadtteil zur Bewältigung der außerordentlichen Situation, die ein hohes Maß an gegenseitigem Verständnis, an Verständigung sowie an Respekt und Toleranz aller Betroffenen erfordert, Hilfen braucht, die sowohl die Flüchtlinge als auch die dauerhaften Bewohner des Stadtteils betreffen.

In diesem Zusammenhang gab es bereits Vorschläge verschiedenster Art wie z.B.

- Einsatz von Streetworkern, die einerseits die Flüchtlinge auf ihren Wegen insbesondere in Kralenriede (z.B. Einkaufen) unterstützen, andererseits aber auch Anwohnern als Ansprechpartnern dienen, falls Probleme auftreten und schließlich Verbindungen zu den dortigen Vereinen und Vereinigungen herstellen, um im Hinblick auf gezielte und sinnvolle Angebote an Flüchtlinge bzw. gemeinsamer Aktivitäten zu beraten.
- „Integrationskurse“ sowohl für Flüchtlinge als auch für Einwohner, die helfen sich gegenseitig kennenzulernen und die Traditionen und Eigenheiten des jeweils anderen zu verstehen, damit gegenseitige Missverständnisse erst gar nicht entstehen können.
- Auch „Sprachkurse“, die zumindest die allernotwendigsten Sprachkenntnisse für den Alltagsgebrauch in den ersten Wochen vermitteln, wurden vorgeschlagen.
- „Beschäftigungsprogramme“ unterschiedlichster Art für Flüchtlinge, die keine Arbeitserlaubnis erhalten, um ihnen einen sinnvollen und strukturierten Tagesablauf zu ermöglichen.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Stadtteil (von den die bereits erfolgreich verbesserte Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln,

Toilettenhäuschen im Bereich der drei Supermärkte sowie ausreichend Abfallbehälter und häufigere Abfallbeseitigung bis hin zur Schaffung von Begegnungsstätten und Begegnungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und die dauerhaften Bewohner des Stadtteils z.B. in Form einer Mehrzweckhalle bzw. eines kleinen soziokulturellen Zentrums).

- u.v.a.m

Gez.

Dr. Dr. habil. Wolfgang Büchs
BIBS-Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:
keine